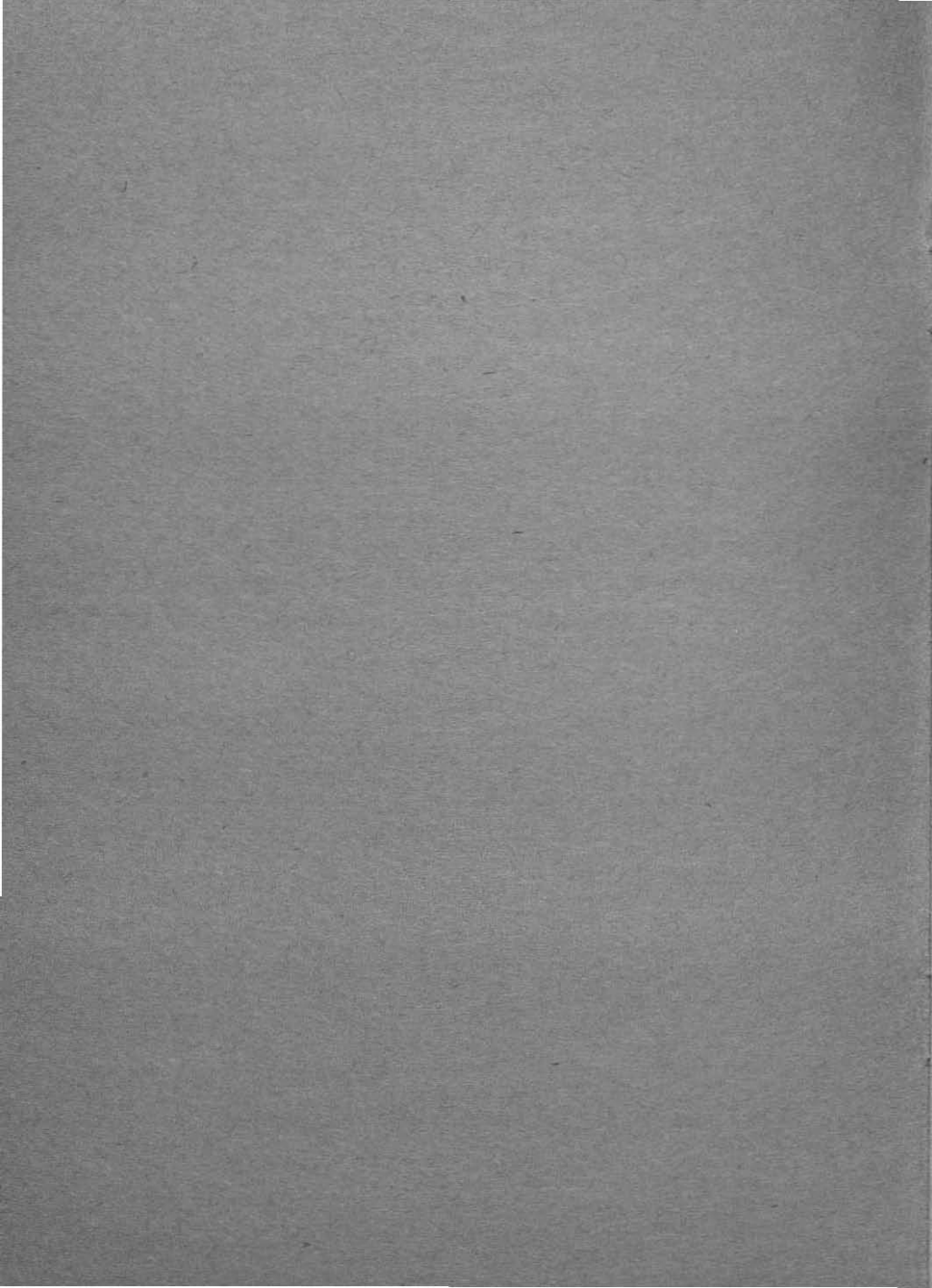


Die Empfehlungen  
des Wissenschaftsrates  
für die Bibliothek  
der Technischen Hochschule  
Carolo-Wilhelmina  
zu Braunschweig

von Bibliotheksdirektor Dr. Fritz Meyen



Die Empfehlungen  
des Wissenschaftsrates  
für die Bibliothek  
der Technischen Hochschule  
Carolo-Wilhelmina  
zu Braunschweig

von Bibliotheksdirektor Dr. Fritz Meyen

**Etwas erweitert aus: „Braunschweiger Hochschulführer 1964/65“**  
**Diagramme von Dipl.-Phys. K. Mund**

### *1. Aufgaben und Zusammensetzung des Wissenschaftsrates.*

Unterhaltung und Förderung wissenschaftlicher Einrichtungen, insbesondere der Universitäten und Hochschulen, ist in Deutschland seit jeher Ländersache gewesen, abgesehen von der Zeit des Nationalsozialismus: in den Jahren von 1934 bis 1945 gab es ein Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

Das Fehlen einer koordinierenden Stelle hatte sich besonders in den Jahren nach dem ersten Weltkriege als ein Hindernis herausgestellt, die durch die wirtschaftliche Notlage der Inflationszeit bedrohte deutsche Forschung wirkungsvoll zu fördern. Als Abhilfe gründeten die Akademien der Wissenschaften, die Universitäten, Technischen Hochschulen und die großen wissenschaftlichen Verbände 1920 eine Institution unter dem Namen „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“. Diese war als Selbstverwaltungskörper der wissenschaftlichen Einrichtungen organisiert und wurde vom Reich, den Ländern und der Industrie finanziell unterstützt. Entsprechend den einzelnen Wissenschaftsgebieten wurden 21 Fachausschüsse eingerichtet, neben denen der Bibliotheks-, der Verlags-, der Apparate- und der Materialaus-schuß sowie über 30 Sonderkommissionen für Gemeinschaftsforschungen auf allen möglichen Gebieten arbeiteten. Die „Notgemeinschaft“ unterstützte Forscher bei der Durchführung wissenschaftlicher Werke, Expeditionen und sonstige Forschungsunternehmungen, förderte den wissenschaftlichen Nachwuchs, vor allem durch Stipendien, beschaffte durch Kauf und Tausch Literatur für die wissenschaftliche Forschung und Apparaturen für besondere wissenschaftliche Arbeiten und strebte eine planmäßige Zusammenarbeit auch mit ausländischen Forschern an, die durch den Krieg unterbrochen worden war. Als „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ mit dem Sitz in Bad Godesberg ist sie noch heute tätig, ohne ihr Wirken wäre der Wiederaufbau der deutschen Forschung weder nach dem ersten noch nach dem zweiten Weltkrieg möglich gewesen.

In den Jahren nach 1945 stellte sich in steigendem Umfange heraus, daß die deutsche Forschung trotz aller Maßnahmen der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ dem Ausland gegenüber hoffnungslos ins Hintertreffen zu geraten drohte und daß die Leistungsfähigkeit unserer Universitäten und Hochschulen immer weiter absank.

Es mußte etwas geschehen, und da die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ ihrer Struktur nach für eine so umfassende Aufgabe nicht geeignet erschien, da sie zweifellos überfordert worden wäre, war es notwendig, eine neue, völlig anders aufgebaute Institution zu schaffen, die imstande sein sollte, über die Ländergrenzen hinaus zu wirken und ihren Vorschlägen auch den nötigen Nachdruck zu verleihen, das heißt, die Länderregierungen zu veranlassen, die ihnen unterbreiteten Reformvorschläge tatsächlich durchzuführen und zwar in einer festgelegten Frist.

1957 wurde daher auf Grund eines Abkommens zwischen der Bundesregierung und den Länderregierungen zur Koordinierung der Pläne der Wissenschaftsförderung der sogenannte „Wissenschaftsrat“ ins Leben gerufen. Dieser setzt sich aus 39 Mitgliedern zusammen und bildet zwei Kammern, von denen die eine, die „Wissenschaftliche Kommission“, aus 16 Professoren und 6 Vertretern des öffentlichen Lebens besteht, die vom Bundespräsidenten ernannt werden, während die „Verwaltungskommission“ 11 Länderminister und 6 Staatssekretäre aus den verschiedenen Bundesressorts umfaßt. Danach ist klar, daß dieses halb wissenschaftlich, halb politisch orientierte Kollegium etwas anderes darstellt als etwa die unabhängigen Gutachtergremien, die in der englischen Staatspraxis als „Royal Commissions“ eine so große Bedeutung erlangt haben. Andererseits ist aber der Wissenschaftsrat nicht etwa ein Staatsorgan mit eigenen Entscheidungskompetenzen. Er kann nur Empfehlungen aussprechen und darauf vertrauen, daß die Regierungen (die ja durch ihre Vertreter in der Verwaltungskommission an der Ausarbeitung dieser Empfehlungen mitgewirkt haben) und Parlamente im Bund und in den Ländern sich seine Vorschläge zu eigen machen werden.

Die Hauptlast der Arbeit des Wissenschaftsrats lag zunächst bei der wissenschaftlichen Kommission und den von ihr gebildeten Ausschüssen und Arbeitsgruppen, zu denen auch viele Gelehrte als Sachverständige hinzugezogen wurden, ohne dadurch Mitglied des Wissenschaftsrats zu werden. Um ein Bild über die Lage und die Ausbauwünsche der Universitäten und Hochschulen zu gewinnen, wurden Fragebogen ausgearbeitet und versandt und außerdem die einzelnen Universitäten und Hochschulen durch kleine Besuchsgruppen zu einer mündlichen Aussprache aufgesucht. Dann mußte das so aufgekommene recht umfangreiche Material gesichtet und verarbeitet

werden. Schrittweise im Umgang mit diesem Material erlangten darauf zunächst in der Wissenschaftlichen Kommission, dann in gemeinsamer Arbeit mit den Vertretern der Hochschulverwaltungen bei diesen und in der Verwaltungskommission die Grundsätze vollends eine klare Gestalt, nach denen der Bericht erstellt und die eigenen Vorschläge des Wissenschaftsrates entwickelt werden sollten. Schließlich aber mußten dann erneut die individuellen Verhältnisse an den einzelnen Universitäten und Hochschulen bedacht und Vorschläge für jede einzelne von ihnen festgelegt werden.

Drei Hauptgedanken sind in den „Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen. Teil 1: Wissenschaftliche Hochschulen“, (1960 im Verlag J. C. B. Mohr in Tübingen im Umfange von 535 Seiten veröffentlicht) ausgeführt: die notwendigen Neu- und Erweiterungsbauten, eine starke Erhöhung der für Forschung und Lehre bestimmten Sachmittel als Voraussetzung für eine erhebliche Erweiterung der Lehrkörper, die Entlastung der Professoren von Verwaltungsaufgaben durch Schaffung des sogenannten Mittelbaues (Kustoden, Wissenschaftliche Räte) und erhebliche Vermehrung der Zahl der Assistenten, Angestellten und Hilfskräfte aller Art an den Lehrstühlen und in den Instituten <sup>1)</sup>. Ein Teil der Empfehlungen des Wissenschaftsrates ist von den Kultusverwaltungen in den letzten drei Jahren bereits verwirklicht worden, weitere Verbesserungen in der Lage der Universitäten und Hochschulen sind in naher Zukunft zu erwarten.

## *2. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Bibliotheken.*

Nachdem der Wissenschaftsrat seine Untersuchungen über die zur Neuordnung der Universitäten und Hochschulen notwendigen Maßnahmen abgeschlossen und die entsprechenden Empfehlungen veröffentlicht hatte, wandte er sich der nächsten Aufgabe zu, Lage und Erfordernisse der wissenschaftlichen Bibliotheken zu prüfen. Das hatte er nicht im Zusammenhang mit den Universitäten und Hochschulen tun können, weil der Kreis sehr

---

<sup>1)</sup> unter Benutzung des Vortrags, den der Präsident des Wissenschaftsrates, Herr Professor Dr. Ludwig Raiser, am 14. November 1961 vor dem Niedersächsischen Landtag gehalten hat.

viel größer gezogen werden mußte. Es galt ja, nicht nur die 18 Universitätsbibliotheken, die 8 Bibliotheken Technischer und 5 Bibliotheken anderer Hochschulen zu erfassen, sondern auch Bibliotheken mit überregionalen Aufgaben wie die Deutsche Bibliothek in Frankfurt/Main, die Bayerische Staatsbibliothek in München, die Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz in Marburg (künftig in West-Berlin), die Technische Informationsbibliothek in Hannover und andere, die Landes- und größeren wissenschaftlichen Stadtbibliotheken sowie eine Auswahl der bedeutenderen Spezialbibliotheken wie die des Deutschen Patentamtes in München oder des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. Insgesamt 82 Bibliotheken wurden ausgewählt.

Die Vorbereitung der Empfehlungen übertrug der Wissenschaftsrat einem Ausschuß, in den er auch mehrere Sachverständige berief, die dem Wissenschaftsrat nicht angehörten. Auch dieser Ausschuß entwarf zunächst einen ausführlichen Fragebogen und ließ nach Eingang der Antworten durch seine Mitglieder jede einzelne Bibliothek besuchen, um so ein umfassendes Bild von ihrer Lage und ihren Erfordernissen zu gewinnen. Die Ausgangsposition war jedoch wesentlich günstiger als bei der Ausarbeitung der Empfehlungen für die Universitäten und Hochschulen, weil hier nicht Neuland betreten wurde, sondern es möglich war, sich auf drei Gutachten zu stützen, die im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1951 und 1957 erstellt worden waren.

Die erste Untersuchung war von Dr. Peter Scheibert, jetzt Professor an der Universität Marburg, knapp zwei Jahre nach der Währungsreform begonnen worden. Zu dieser Zeit war das deutsche wissenschaftliche Verlagswesen noch im Aufbau und es war nicht vorauszusehen, in welchem Umfange seine Produktion sich entwickeln würde. Die Bibliotheken waren damit beschäftigt, die Lücken zu schließen, welche die Kriegsereignisse verursacht hatten, nicht nur die Zerstörungen der Bomben und die durch Auslagerungen entstandenen Schäden, sondern auch das Abreißen der Verbindungen zu den Bibliotheken im Auslande, die erst allmählich wieder in Gang kamen. Daher konnten nur ganz allgemeine Empfehlungen gegeben werden. Immerhin war es möglich, Mindestangaben über die Höhe der Sachmittel für Buchkauf und Bindekosten sowie über das erforderliche Personal zu machen. Für den Sachetat wurden DM 93 000,— jährlich und an Bediensteten 2 Kräfte des wissenschaftlichen Bibliotheksdienstes, 9–10



Diplombibliothekare und 6–7 Angestellte des mittleren und technischen Dienstes für eine TH-Bibliothek als unbedingt notwendig erachtet.

Das „Gutachten über den Normaletat einer Technischen Hochschulbibliothek (Personalausgaben, Ausgaben für Buchkauf und Einband)“ vom 9. April 1957 ging von der Erfahrung eines Jahrzehntes Wiederaufbau und von der Erkenntnis aus, daß die Bibliotheken der Technischen Hochschulen „abgesehen von den Problemen ihrer räumlichen Unterbringung, durch personelle Unterbesetzung und unzureichende Ausstattung mit Mitteln für die Bücherbeschaffung nicht mehr in der Lage sind, den berechtigten Anforderungen ihrer Benutzer sowohl aus dem Bereich von Lehre und Forschung wie aus dem Bereich von Industrie und Wirtschaft gerecht zu werden. Diese Bibliotheken sind in besonders auffallender Weise hinter dem technischen Fortschritt der letzten Jahrzehnte zurückgeblieben und entsprechen weder der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik nach Kriegsende noch vor allem der Entwicklung des technischen Bibliothekswesens im Ausland, das nicht nur in Amerika und Rußland, sondern auch und gerade in kleineren Nationen in der letzten Zeit einen schnellen und wirksamen Aufschwung gefunden hat“<sup>2)</sup>. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hatte daher einen Gutachterausschuß beauftragt, unter Berücksichtigung aller vorliegenden Erfahrungen, aller aufgetretenen Mangelerscheinungen und zahlreicher vorliegender Äußerungen aus dem vielschichtigen Kreis der Benutzerschaft, in Form eines Modells den Normalbedarf einer Technischen Hochschulbibliothek hinsichtlich des Personals und der Mittel für die Bücherbeschaffung festzustellen und gutachtlich niederzulegen.

Dieses Etatmodell gibt in ausgezeichneter Übersicht und mit ausführlichen Erläuterungen genaue Auskunft darüber, welche Arbeiten in den einzelnen Dienststellen einer Bibliothek – davon gibt es mehr als ein Dutzend, eine Tatsache, die dem Außenstehenden weitgehend unbekannt ist – zu erledigen sind, wieviel Personal benötigt wird und wie dieses nach Besoldungs- resp. Vergütungsgruppen einzustufen ist, getrennt nach Beamten, Angestellten und Lohnempfängern. Die Zahlen haben sich gegenüber dem früheren Gutachten etwa verdoppelt: 4 wissenschaftliche und 17 Diplombibliothekare, 18 Angestellte des mittleren und technischen Dienstes sowie

---

<sup>2)</sup> aus der Einleitung des Gutachtens.

7 Lohnempfänger. Hinzu kommt die Forderung nach Ausbildungsstellen für bibliothekarischen Nachwuchs: 1 Referendar und 2 Praktikanten für den gehobenen Dienst (Diplombibliothekar). Die Zahl der als notwendig angesehenen Zeitschriften ist von 870 auf 1400 gestiegen, sie allein kosten jährlich über 70 000,— DM, Lehrbücher sollen in einer ausreichenden Anzahl von Mehrfachexemplaren gekauft werden, hierfür sind 6000,— DM angesetzt. 2500 Monographien, Serien- und Fortsetzungswerke sind im Jahresdurchschnitt zu beschaffen, die Einbandkosten sind höher, da jetzt mehr Zeitschriftenjahrgänge gebunden werden müssen, der gesamte Sachetat soll nunmehr (ohne die sogenannten Geschäftsbedürfnisse) auf 193 000,— DM pro Jahr steigen.

Dieses Etatmodell wurde von den Bibliotheksdirektoren mit Genugtuung begrüßt, hatten sie doch endlich eine fundierte Unterlage für ihre Verhandlungen mit den geldgebenden Stellen. Ihnen konnte nicht mehr vorgeworfen werden, daß ihre Forderungen unrealistisch seien.

Der mit der Ausarbeitung von Empfehlungen für den Ausbau der wissenschaftlichen Bibliotheken beauftragte Ausschuß hatte, wie bereits betont, wenigstens für einen Teil seiner Aufgabe eine brauchbare Unterlage (denn auch für die Universitätsbibliotheken lag ein Etatmodell der Deutschen Forschungsgemeinschaft vor). Er stand aber vor der Schwierigkeit, die Notwendigkeit der Förderungsmaßnahmen einem mit der Materie nur sehr wenig vertrauten Personenkreis zu verdeutlichen. Er konnte sich nicht damit begnügen, Etatmodelle aufzustellen, mußte vielmehr versuchen, zunächst einmal Verständnis für die besondere Struktur des Bibliothekswesens in der Bundesrepublik zu erwecken. Daher gliedern sich die Empfehlungen in einen umfangreichen allgemeinen Teil und in Empfehlungen für die einzelnen Bibliotheken.

Im allgemeinen Teil folgt einem kurzen Überblick der geschichtlichen Entwicklung des Bibliothekswesens eine Darstellung von Organisation und Leistung der Bibliothek im allgemeinen wie in den einzelnen Arbeitszweigen und Einrichtungen. Die verschiedenen Bibliothekstypen — Staats-, Landes- und Stadtbibliotheken, Bibliotheken der wissenschaftlichen Hochschulen, Fach- und Spezialbibliotheken — werden in ihrer Entwicklung und ihren Aufgaben in drei großen Kapiteln untersucht. Bibliothekarische Gemein-

schaftsunternehmungen wie Tausch, Zentralkataloge und Auswärtiger Leihverkehr schließen sich an. Ausbildungs- und Berufsfragen bilden den Abschluß. Kataloge des gesamten Zeitschriftenbestandes werden für alle Hochschulen empfohlen. Die Einrichtung einer Lehrbuchsammlung, deren Bestände für die Dauer eines Semesters entliehen werden können, wird für notwendig erachtet. Auf die Bedeutung einer Auskunftsstelle und von Einführungsvorträgen für neu an die Hochschule kommende Studenten wird ebenso hingewiesen wie auf die Notwendigkeit, Bücherbestellungen durch eine „Sofortausleihe“ in kürzester Frist zu erledigen. Die Bibliothek sollte 12–13 Stunden täglich, möglichst bis 22 Uhr geöffnet sein. Die unterschiedlichen Belange von zentraler Hochschulbibliothek und den Institutsbibliotheken werden verdeutlicht. Dauerleihgaben aus Hochschulbibliotheken an Institute sollen vermieden oder doch, wenn sie bestehen, abgebaut werden, da sie häufig nur eine Etat-Verlagerung verschleiern. Stellung und Aufgaben der zentralen Bibliothek sollten in der Hochschulsatzung verankert werden. Um zu gewährleisten, daß die Bibliothek ihre Aufgabe den Bedürfnissen der Hochschule entsprechend erfüllt und um zugleich eine Möglichkeit zu schaffen, daß die Wünsche der Bibliothek bezüglich ihrer Entwicklung in genügendem Umfang zur Geltung gebracht werden können, wird die Einrichtung eines Bibliotheksausschusses als zweckmäßig angesehen, dem außer dem Bibliotheksdirektor Vertreter des Lehrkörpers und der Studentenschaft angehören sollten. Darüber hinaus sollte sichergestellt werden, daß der Bibliotheksdirektor zu Beratungen über Angelegenheiten der Bibliothek (insbesondere zu Haushaltsberatungen) im Senat und anderen Selbstverwaltungsgremien (z. B. Verwaltungsausschuß, Bauausschuß) zugezogen wird, wenn er diesen Gremien nicht ohnehin ständig oder als Gast angehört.

Das sind einige wenige Punkte des mehr als 60 Druckseiten umfassenden Programms, mit dem der Wissenschaftsrat sozusagen das Idealbild einer wissenschaftlichen Bibliothek unserer Zeit gezeichnet hat. Auf den folgenden etwa 200 Seiten werden dann in nüchternen Zahlen die Voraussetzungen aufgezeigt, die von den geldgebenden Stellen erst einmal erfüllt werden müssen, ehe jede der 82 untersuchten Bibliotheken personell und finanziell in der Lage ist, diesem Idealbild wenigstens nahezukommen. In einer

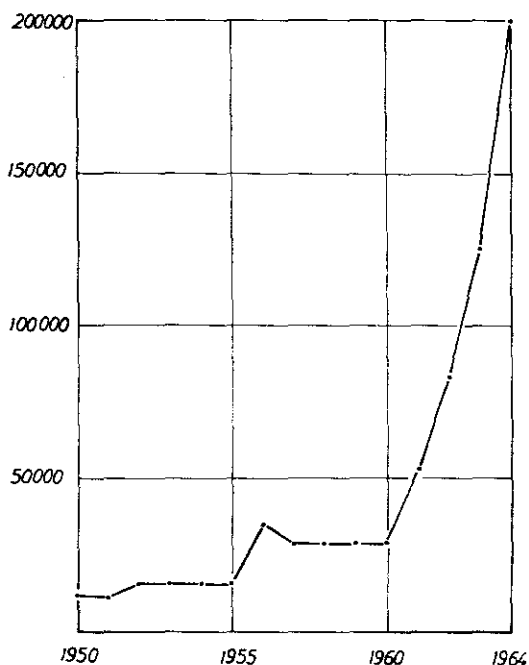
Vorbemerkung werden Lage und Erfordernisse einer jeden Bibliothek kurz charakterisiert.

### 3. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates für unsere Bibliothek.

Diese Vorbemerkung lautet für unsere Bibliothek wie folgt:

„Die Bibliothek war in den Jahren nach dem Krieg trotz verhältnismäßig geringer Verluste an den Beständen infolge häufig wechselnder und immer unzureichender räumlicher Unterbringung, sehr geringer Etatmittel und eines viel zu niedrigen Personalstandes in einer besonders schlechten Lage.

Tafel 1



Ordentliche Haushaltsmittel für Buchkauf und Bindekosten der Bibliothek der TH Braunschweig 1950–1964.

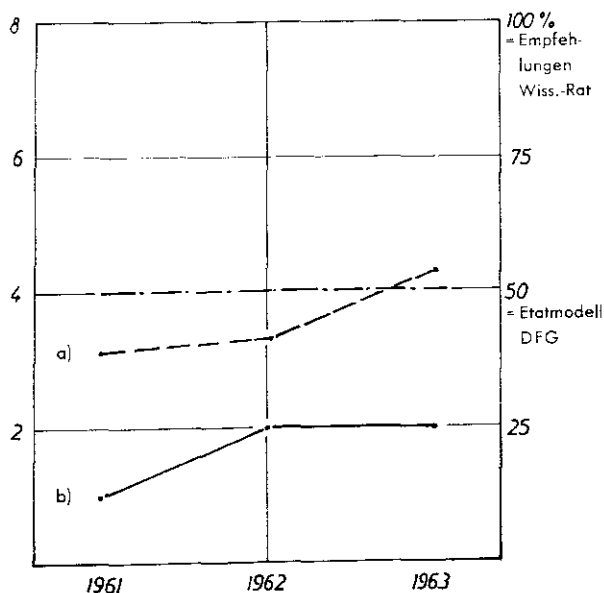
Sie ist infolgedessen hinter den anderen Hochschulbibliotheken zurückgeblieben.

Im laufenden Erwerbsetat ist das Etat-Modell vorzusehen. Der Personalstand kann infolge der ungünstigen Ausgangsposition nur stufenweise verbessert werden.

Für die Ausstattung der Lesesaalbibliotheken und des bibliographischen Apparates sowie für anderen Nachholbedarf ist die Bereitstellung einmaliger Mittel hier besonders dringlich.

Die derzeitige Unterbringung der Bibliothek ist gänzlich unzureichend. Nur der Neubau kann Abhilfe bringen“.

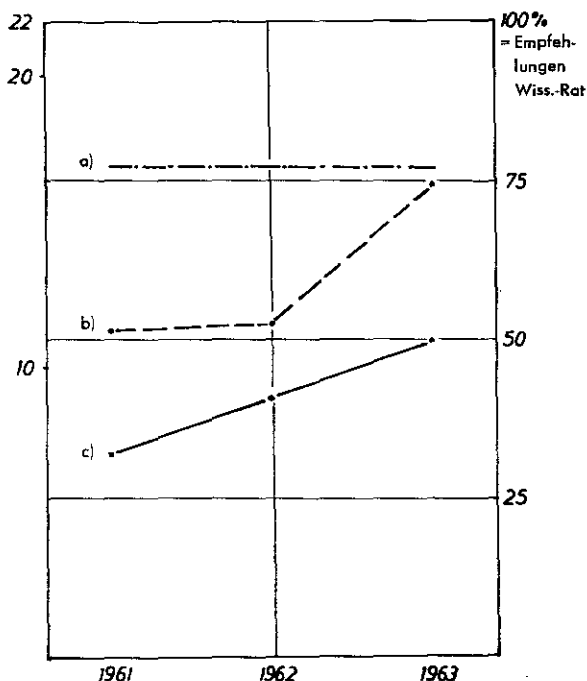
Tafel 2



Wissenschaftlicher Bibliotheksdienst  
a) Durchschnitt der TH-Bibliotheken  
b) Bibliothek der TH Braunschweig

Eine Bibliothek erfüllt nur dann ihren Zweck, wenn sie in der Lage ist, allen berechtigten Literaturwünschen ihrer Benutzer schnell und umfassend Rechnung zu tragen. Namentlich die Studenten haben ein Recht zu verlangen, daß die Bibliothek ihnen die zur Vertiefung des in den Vorlesungen Gehörten und zur Anfertigung von Examensarbeiten notwendigen Bücher und Zeitschriften in ausreichender Auswahl und Anzahl zur Verfügung hält. Ist dies nicht der Fall, so ist der Benutzer verständlicherweise geneigt, alle Mängel als ein Versäumnis der Bibliotheksverwaltung anzusehen. Er

Tafel 3

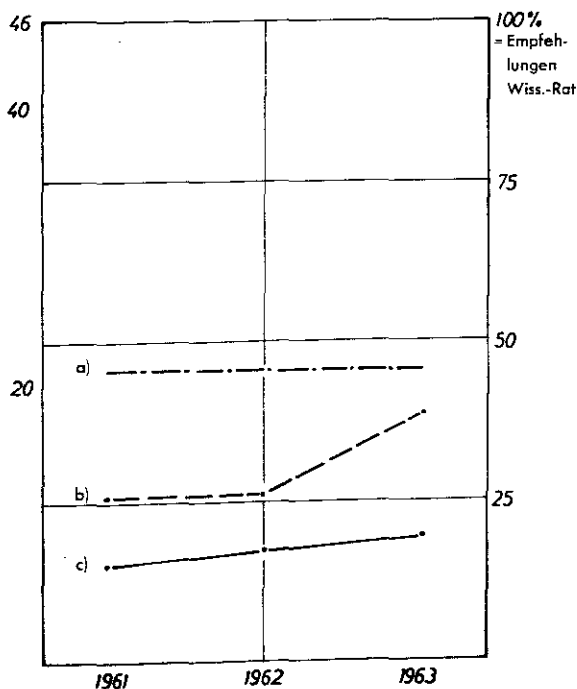


Gehobener Bibliotheksdienst (Diplombibliothekare)

- a) Etatmodell der Deutschen Forschungsgemeinschaft
- b) Durchschnitt der TH-Bibliotheken
- c) Bibliothek der TH Braunschweig

bedenkt im allgemeinen nicht, daß auch für eine Bibliothek der kaufmännische Grundsatz gilt: man kann nicht mehr Geld ausgeben als man hat. Das Fehlen vieler wichtiger Zeitschriften, die zahlreichen Lücken in den Beständen, der Mangel an Mehrfachexemplaren häufig verlangter Standardwerke und Lehrbücher (und damit verbunden die hohe Zahl der mit dem Vermerk „verliehen“ zurückgegebenen Bestellscheine), die völlig ungenügende Ausstattung der Handbibliothek des Lesesaals sind eine Folge der jahrelangen finanziellen „Unterernährung“. Bis 1955 hatte die Bibliothek pro Jahr weniger als 20 000,— DM an ordentlichen Haushaltsmitteln

**Tafel 4**



Mittlerer und technischer Bibliotheksdienst

- a) Etatmodell der Deutschen Forschungsgemeinschaft
- b) Durchschnitt der TH-Bibliotheken
- c) Bibliothek der TH Braunschweig

für Bucheinkauf und Bindekosten, noch 1960 waren es unter 50 000,— DM und erst 1964 wurde der Ansatz des Etatmodells der Deutschen Forschungsgemeinschaft (1957 erstellt!!) mit 200 000,— DM geringfügig überschritten (siehe Tafel 1).

Die Bibliothek trägt an diesem beklagenswerten Zustand keine Schuld, sie hat immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß der Etat drastisch erhöht werden müsse. Eine fühlbare Verbesserung ist erst in den letzten vier Jahren eingetreten: der Sachetat hat sich vervierfacht, der Personalstand ungefähr verdoppelt. Aber immer noch hat unsere Bibliothek den Durchschnitt der übrigen TH-Bibliotheken bei weitem nicht erreicht (siehe Tafeln 2 bis 4).

Wie wird die Lage unserer Bibliothek sein, wenn die Empfehlungen des Wissenschaftsrates Wirklichkeit geworden sind?

Sie wird etwas mehr als 2000 in- und ausländische Zeitschriften laufend beziehen (gegenüber 600 im Augenblick) und dafür rund 145 000,— DM (1963 = 44 000,— DM) ausgeben können. Sie wird für 180 000,— DM (1963 = 65 000,— DM) Monographien, Serien- und Fortsetzungswerke pro Jahr kaufen und 80 000,— DM (1963 = 15 000,— DM) für Einbandkosten ausgeben. Zusätzlich zu dieser Summe (405 000,— DM) müssen ihr nach den Vorschlägen des Wissenschaftsrates jährlich nach der Zahl der Studenten neu zu berechnende Mittel für Lehrbücher zur Verfügung stehen. An einmaligen Sondermitteln zur Ergänzung von Lücken, Ausbau der Sammlung bibliographischer Nachschlagewerke und zum Abbau der Einbandrückstände soll sie — verteilt auf 5 Jahre — 600 000,— DM erhalten. Für die Verwaltungsarbeiten (Erwerbung, Katalogisierung usw.) und die Betreuung der Benutzer sollen Planstellen für 8 wissenschaftliche Bibliothekare (1964 = 3), 22 Diplombibliothekare (14) sowie 45 (11) Angestellte und Lohnempfänger des mittleren und technischen Dienstes (einschließlich Buchbinderei und Fotostelle) vorhanden sein. Auch ein Übersetzer für slawische Sprachen (für den gesamten Hochschulbereich) ist im Etat der Bibliothek vorgesehen.

Dieser beachtliche Mehrbedarf hat nun allerdings den geplanten Neubau auf Jahre hinausgezögert. Raumprogramm und Baupläne waren auf das Etatmodell der Deutschen Forschungsgemeinschaft abgestellt gewesen, es



war notwendig, sie völlig neu zu durchdenken und zu gestalten. Der Beginn des Bauvorhabens wird daher nicht vor 1966 anzusetzen sein, mit der Fertigstellung des Bibliotheksgebäudes ist vor 1968 nicht zu rechnen. Mindestens 4 Jahre lang wird die Bibliothek demnach noch in unzureichenden Räumen hausen und manche provisorische Lösung des Problems versuchen müssen, wie das sich in dieser Zeit ständig vermehrende Personal untergebracht werden soll. Die Verlegung des Lesesaals in die ehemalige Rektorsbaracke ist nur einer der Versuche, die innerbetrieblichen Schwierigkeiten zu beheben. Lediglich ein Fünftel des Bibliothekspersonals hat ja mit den Benutzern zu tun, die übrigen mit der Erwerbung und Katalogisierung. Sie müssen ihren Arbeitsplatz in der Nähe der Kataloge und des Bibliographischen Apparates haben, sonst würde allzuviel Leerlauf entstehen.

Wir können unsere Benutzer nur um Verständnis für unsere Lage bitten: eine andere Lösung war nicht möglich.

#### *4. Die Empfehlungen für die wissenschaftlichen Bibliotheken und die Öffentlichkeit.*

Von den im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausgearbeiteten Gutachten hatte die Öffentlichkeit kaum Notiz genommen. Sie waren in maschinengeschriebenen Vervielfältigungen nur den Bibliotheken und deren Unterhaltsträgern, den Kultusministerien und den Hochschulverwaltungen übersandt worden. Die „Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen. Teil 2: Wissenschaftliche Bibliotheken“ sind als Broschüre von 290 Seiten Umfang im Verlag J. C. B. Mohr in Tübingen erschienen und können zum Preise von DM 12,— von jedermann durch den Buchhandel bezogen werden.

Sie waren das Hauptthema des 54. Deutschen Bibliothekartages, der vom 20. bis 23. Mai 1964 in Kassel abgehalten wurde, nachdem sie vorher eingehend in den bibliothekarischen Gremien der einzelnen Bundesländer (Beiräte für Bibliotheksangelegenheiten, Direktorenkonferenzen usw.) beraten worden waren. Hier — unter Fachleuten — wurde die Genugtuung darüber, daß endlich einmal ein energischer Anstoß erfolgt sei, durch die aus trüben Erfahrungen vieler Jahre resultierende Skepsis gedämpft: werden die geldgebenden Stellen wirklich diese Empfehlungen in der vorgesehenen Zeit verwirklichen und werden die Hochschulverwaltungen sich nunmehr ein

bißchen nachdrücklicher für die Belange ihrer Bibliotheken einsetzen? Sozusagen als Quintessenz dieser Überlegungen fiel dabei das bittere Wort: „Jede Hochschule hat die Bibliothek, die sie verdient.“

Die „Empfehlungen“ waren auch der Presse übergeben worden, und es verdient hervorgehoben zu werden, daß nicht nur kurze Notizen veröffentlicht wurden, sondern daß die maßgeblichen Zeitungen — u. a. die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die „Welt“ und die „Zeit“ — sehr ausführliche und sehr gute Berichte brachten, die eine Fülle von Leserbriefen auslösten. Es ist verständlich, daß sie nur eine Auswahl aus der Fülle der in den „Empfehlungen“ angeschnittenen Probleme treffen konnten, und es wäre einer eigenen Studie wert, einmal zu analysieren, welche Fragen die verschiedenen Verfasser für so wesentlich hielten, daß sie darüber eingehender berichteten. Nicht erwähnt wurde eine Forderung, die von bibliothekarischer Seite als die allerwichtigste angesehen wird, es sollte „sichergestellt werden, daß der Bibliotheksdirektor zu Beratungen über Angelegenheiten, die die Bibliothek angehen können (insbesondere zu den Haushaltsberatungen), im Senat und anderen Selbstverwaltungsgremien der Hochschule (z. B. Verwaltungsausschuß, Bauausschuß) zugezogen wird, wenn er den Gremien nicht ohnehin ständig oder als Gast angehört“. Man sollte nicht nur Forderungen an die Bibliothek stellen, sondern ihr auch Rechte einräumen und ihr einen Platz in der Hierarchie der Hochschule gewähren — das ist der Sinn dieses Absatzes der „Empfehlungen“.

Der Mitarbeiter der „Welt“ hat unsere wissenschaftlichen Bibliotheken mit denen anderer Länder verglichen und sich veranlaßt gesehen, die Frage zu stellen: „Sind wir im Büchereiwesen Entwicklungsland?“. Er hat die Überschrift seines nicht nur resümierenden, sondern präzise Forderungen erhebenden Aufsatzes streitbar formuliert: „Deutsche Bibliotheken — ein Skandal“. Dabei kann ich mich nicht erinnern, daß er unsere Bibliothek besucht hätte.



